

PC.DEL/511/13

14 June 2013

DER STÄNDIGE VERTRETER  
DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND  
BEI DER ORGANISATION FÜR SICHERHEIT  
UND ZUSAMMENARBEIT IN EUROPA  
WIEN

Original: GERMAN

Botschafter Rüdiger Lüdeking

Wien, den 13.06.2013

Erklärung von Botschafter Lüdeking in der Sitzung des Ständigen Rates der OSZE am 13. Juni 2013:

Herr Vorsitzender,

Ich schließe mich der Erklärung der Europäischen Union zum Bericht der OSZE-Medienbeauftragten an und möchte auch meinerseits Frau Mijatovic und ihrem Team für die aktive und konstruktive Arbeit der letzten Monate ausdrücklich danken.

In einer Presseerklärung vom 6. Juni 2013 hat die OSZE Medienbeauftragte, Frau Mijatovic, Bezug genommen auf eine Demonstration der sogenannten Blockupy-Bewegung, die am 1. Juni 2013 in der Stadt Frankfurt am Main im Bundesland Hessen stattgefunden hat. Die Medienbeauftragte zeigt sich in ihrer Erklärung besorgt, dass es beim Einsatz der örtlichen Polizeikräfte anlässlich dieser Demonstration zu Übergriffen gegen Journalisten gekommen sei.

Deutschland nimmt die Besorgnis der OSZE-Medienbeauftragten sehr ernst. Meine Delegation hat die Erklärung der Medienbeauftragten umgehend an die zuständigen deutschen Behörden, in diesem Fall die Regierung des Landes Hessen, weitergeleitet. In der mir inzwischen vorliegenden Stellungnahme der Leitung des hessischen Landesministeriums der Justiz, für Integration und Europa heißt es, ich zitiere:

Der hessische Landesminister der Justiz, Herr Staatsminister Hahn, nimmt die gegen die Polizei erhobenen Vorwürfe ernst und hat größtes Interesse an deren Aufklärung im Rahmen eines rechtsstaatlichen Verfahrens.

Die von der OSZE-Beauftragten geäußerten Vorwürfe beziehen sich auf Maßnahmen, für welche nicht die Strafverfolgungsbehörden, sondern die Polizei und die örtliche Versammlungsbehörde im Rahmen der Gefahrenabwehr zuständig sind.

Wegen der polizeilichen Maßnahmen gegen die Teilnehmer der Demonstration vom 1. Juni 2013 sind bereits Strafanzeigen bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main erstattet worden. Die Justiz wird ihren Beitrag zur Aufklärung der gegen die Polizei erhobenen Vorwürfe leisten, indem sie nach Kräften den Sachverhalt ermitteln, rechtlich bewerten und – in Abhängigkeit vom Ausgang dieser Ermittlungen – die Beschuldigten gegebenenfalls strafrechtlich zur Verantwortung ziehen wird. Damit wird zugleich auch die im Grundgesetz garantierte Versammlungs- und Pressefreiheit geschützt bzw. durchgesetzt. Das Ergebnis der laufenden Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main bleibt insoweit abzuwarten (Ende des Zitats).

Weiterhin wurde ich vom Staatssekretär des hessischen Innenministeriums darüber informiert, dass nach den Demonstrationen umgehend eine Arbeitsgruppe der Polizei beim Polizeipräsidium Frankfurt am Main eingerichtet wurde, mit dem Auftrag, die Vorwurfslagen minutiös und lückenlos aufzuklären.

Ich behalten mir vor, die OSZE Teilnehmerstaaten in geeigneter Weise über weitere diesbezügliche Erkenntnisse zu informieren, sobald diese vorliegen.

Vielen Dank, Herr Vorsitzender.